

Der Vorsitzende wies im Zusammenhang mit der Bürgeranregung bzw. Bürgerbeschwerde gemäß § 21 KrO NRW von Attac Rhein-Sieg vom 03.12.2018 auf den Grundsatzbeschluss des Kreistages vom 17.12.2018 zur Veräußerung des kreiseigenen RWE Aktienbestandes sowie auf die Beschlussfassung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft vom 20.03.2019 hin. Er schlug vor, den dort gefassten Beschluss teilweise zu übernehmen, da mit dem Beschluss dem Anliegen von Attac zur Veräußerung der RWE-Aktien ausreichend Rechnung getragen werde.

Abg. Waldästl stimmte der Übernahme der Beschlussformulierung zu und beantragte, zuvor die Sitzung zu unterbrechen, damit der Vertreter von Attac Rhein-Sieg zu Wort kommen könne. Für die nächste Sitzung des Finanzausschusses regte er eine öffentliche Diskussion zur Verwendung der Mittel aus dem Verkauf der RWE-Aktien an, damit nicht nur die Mitglieder des Arbeitskreises Konsolidierung über die Eckdaten zur Möglichkeit der Veräußerung der RWE-Aktien informiert seien.

Abg. Otter befürwortete den Verkauf der kreiseigenen RWE-Aktien und forderte eine ausführliche Beratung in den Ausschüssen zur Verwendung der Mittel unter ökologischen Gesichtspunkten.

Der Vorsitzende nahm Bezug auf die im Antrag von Attac geforderte Erklärung für die Gründe des Rhein-Sieg-Kreises zur Beibehaltung der RWE-Aktien unter ökologischen und ethischen Aspekten. Da der Kreistag mit seinem Grundsatzbeschluss zum Verkauf der RWE-Aktien ein Ende des finanziellen Engagements bei RWE signalisiert habe, müsse der Rhein-Sieg-Kreis keine weiteren Beweggründe nennen.

Abg. Skoda stellte fest, der Ausstieg bei RWE sei aus seiner Sicht aufgrund von kommunalpolitischen und wirtschaftlichen Gründen notwendig und nicht aus umweltpolitischen Gründen erforderlich, die Attac vorbringe.

Abg. Josten-Schneider lehnte eine Sitzungsunterbrechung ab, da die Thematik noch im Arbeitskreis Konsolidierung abschließend beraten werden müsse.

Abg. Windhuis erinnerte daran, dass fraktionsübergreifend einem Verkauf der RWE-Aktien zugestimmt worden sei, sodass nun im Arbeitskreis Konsolidierung die Details zur Veräußerung und die Möglichkeiten zur Verwendung der Mittel abgestimmt würden. Er sah ebenfalls keine Notwendigkeit zur Unterbrechung der Sitzung, da die ethischen und umweltpolitischen Aspekte im Fachausschuss beraten worden seien.

Der Vorsitzende ließ über den Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion zur Unterbrechung der Sitzung zwecks Redemöglichkeit von Attac Rhein-Sieg abstimmen.

abgelehnt MB ./ SPD

Im Anschluss fasste der Finanzausschuss folgenden Beschluss: